

Norddeutscher Reichstag.

4. Sitzung am 10. März.

(Schluß.)

Vierter und letzter Gegenstand der Tagesordnung ist die Beratung der mit Italien abgeschlossenen Konvention.

Die erste Beratung erstreckt sich nur auf die Diskussion der allgemeinen Grundsätze.

Abg. Schleiden bezeichnet die Konvention als einen erfreulichen Fortschritt der Entwicklung des deutschen Konventionwesens und macht nur darauf aufmerksam, daß sich zwischen dem deutschen und italienischen Text der Konvention an einzelnen Stellen eine Differenz vorfinde.

Abg. Ranngeier: Der ersten Lesung einer Vorlage entspreche mehr die Diskussion der allgemeinen Grundsätze und es handle sich hier um die Frage, ob die Konvention mit dem Konsulargesetz vom Jahre 1867 im Einklang stehe. Er begrüße die Konvention mit Freuden und er sei auch der Ansicht, daß dieselbe im Wesentlichen mit dem genannten Gesetze im Einklang stehe. Er vermisse in der Konvention nur die Legalisations-Befugnis, wolle aber daraus keinen Grund herleiten, dieselbe zu bemängeln, sondern empfehle deren Annahme in zweiter Lesung.

Bundeskommissar Geh. Legationsrath König: Bei der Feststellung des Textes hätten die beiden Bevollmächtigten, welche der beiden Sprachen mächtig seien, sich die größte Mühe gegeben, Differenzen zu vermeiden, und er hoffe auch, daß solche sich nicht herausstellen werden. Was die Legalisationsbefugnis anlangt, so seien die Bundeskonsuln nur befugt, diejenigen Urkunden zu legalisieren, welche in ihrem Amtsbezirk ausgefertigt seien. Zur Ausübung dieses Rechtes bedürfe es jedoch eines internationalen Vertrages nicht.

Nachdem auch Abg. Iwosten eine kurze Bemerkung über eine Differenz im Texte gemacht, wird die erste Beratung geschlossen. — Eine Ueberweisung an eine Kommission wird nicht beliebt.

Abg. Krieger (Posen) regt in einem Schreiben Zweifel über die Fortdauer seines Mandats wegen seiner Ernennung zum Zollvereinsbevollmächtigten in Mecklenburg an; das Schreiben wird an die Geschäftsordnungs-Kommission zur Berichterstattung verwiesen.

Darauf schließt die Sitzung um 1 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 11. März, Vormittags 11 Uhr. Tagesordnung: Erste Beratung 1) des Nachtrages zum Bundes-Gesetz pro 1869; 2) der Maßregeln gegen die Rinderpest; 3) des Antrages des Abg. v. Hagke wegen der Volljährigkeit.

Deutschland.

□ **Berlin, 10. März.** In Betreff der Kartellkonvention mit Rußland hören wir, daß bis jetzt eine Erneuerung derselben von Seiten Rußlands nicht beantragt worden ist. — In Gemäßheit eines früheren Bundesrats-Beschlusses haben die Bundesregierungen dem Bundeskanzleramt jetzt Mitteilungen darüber gemacht, in welcher Weise sie Unterstützungen für die Vollendung des Grimmschen deutschen Wörterbuchs gewähren wollen. Das Bundeskanzleramt hat jetzt diese Mitteilungen zusammengestellt und dem Bundesrath vorgelegt. Es ergibt sich hieraus, daß Waldeck die Beteiligung abgelehnt, Schaumburg-Lippe eine Beteiligung noch nicht zugesagt und mehrere andere Regierungen ihre Beteiligung an Bedingungen geknüpft haben. Preußen hat die Gewährung des zugesicherten jährlichen Betrages von 800 Thlrn. für die 5 Jahre 1869—73 an die Bedingung gebunden, daß die übrigen Regierungen des norddeutschen Bundes für den gleichen Zweck und dem gleichen Zeitraum mindestens die Summe von 700 Thlr. bewilligen. Da die Zusicherungen von Seiten der anderen Regierungen nicht für diesen Zeitraum gemacht worden sind, so hat der Bundeskanzler eine Verständigung dahin beantragt, daß die in Aussicht gestellten Beiträge für die Jahre 1869—73 gewährt werden mögen. — Dem Bundesrath des Zollvereins ist von Seiten des Vorsitzenden eine Vorlage gemacht worden, welche auf die Salzabgaben-Etatistik Bezug hat. Da durch die veränderte Salzsteuerung im norddeutschen Bunde eine andere Einrichtung der desfallsigen Statistik notwendig geworden ist, so erscheint es naturgemäß, daß auch die übrigen deutschen Staaten eine gleiche Form der Erhebung in Anwendung bringen, um zuverlässige statistische Mitteilungen über den Salzverkehr zu erlangen. Es ist deshalb dem Bundesrath ein neues, dem der preussischen Regierung entsprechendes Schema zur Annahme empfohlen worden. Die neue Statistik soll im Jahre 1869 in Anwendung kommen. — Am heutigen Tage wird der für Mexiko ernannte General-Konsul des norddeutschen Bundes, Hr. v. Schläger, sich von Hamburg nach seinem Bestimmungsorte begeben. — Die Korrespondenten verschiedener Blätter beschäftigen sich mit den Kandidaten für die vakanten obern Verwaltungsstellen und bemerken, daß es sich vorzugsweise dabei um Namen von Persönlichkeiten handle, die bis-

her dem Privatleben angehört haben, um den Grafen Lehndorff, den Grafen Behr, den Hrn. v. Blankenburg u. s. w. Dabei bezeichnen sie die „Kreuzzeitung“ als diejenige Quelle, welche die Kandidaturen der Genannten zuerst in Aussicht genommen habe. Diese Kandidaturen sind aber gerade von derjenigen Presse aufgeführt worden, welche die „Kreuzzeitung“ jetzt als Quelle dafür anführt. Zu bemerken ist noch, daß Graf Behr, welcher als künftiger Regierungspräsident in Straßburg genannt wird, nicht dem Privatleben angehört, sondern Landrath in Franzburg, Reg.-Bez. Straßburg ist. Auch von einer definitiven Besetzung der Landdrosteien in der Provinz Hannover ist in den Blättern die Rede. Diese Nachricht ist richtig. Als Landdrosten in Stade und Hannover sind die Herren Braun und von Leipziger in Aussicht genommen. — Der Reichstag hat heute bereits mehrere Vorlagen erledigt, was ihm nicht möglich gewesen, wenn sein Zusammentritt nicht schon am 4. März erfolgt wäre und der Druck, die Vorlage und die Verteilung der Gesetzentwürfe mithin nicht hätte so früh geschehen können. Es erledigen sich somit bereits schon hierdurch die Ausstellungen, welche die Oppositionspresse gegen die Einberufung des Reichstages zum 4. März zu machen hatte, und es werden dieselben noch inhaltlos erscheinen, wenn man erst einseht, daß die frühere Einberufung nur dem Reichstage zu Gute kommt, da die Sitzungen desselben diesmal nicht werden bis in die Sommermonate ausgedehnt werden müssen. Die fortwährenden Redensarten einiger Oppositionsblätter von der Unfruchtbarkeit der vergangenen Landtagssession zeigen sich erst recht albern, wenn man nicht nur die Ueberflüssigkeit der beiden Präsidenten über die Thätigkeit des Landtags, sondern namentlich die heute auch von der „Provinzial-Corresp.“ mitgetheilte bestimmtere und ausführlichere Zusammenstellung des preussischen „Staats-Anzeigers“ über die von beiden Häusern des Landtags vollbrachten Arbeiten sich näher ansieht. Selbst verständliche demokratische Blätter geben übrigens die Fruchtbarkeit der Session zu und es bleiben daher nur einige national-liberale Blätter übrig, welche dieselbe in Abrede stellen, wohl in der Mißstimmung darüber, daß ihre Anläufe gegen einzelne Minister vergeblich gewesen sind und daß nicht Einer der ihrigen Minister geworden ist. — Es künftigt jetzt in den Blättern eine kirchliche Statistik Berlins, die namentlich von der lichtfreundlichen Presse ausgebeutet und als Beweis hingestellt wird, daß der kirchliche Sinn in Berlin sehr schwach sei. Es ist nämlich in der Mittheilung die Zahl der Kirchenbesucher in den einzelnen Kirchen Berlins an einem einzigen Sonntage angegeben worden. Im Allgemeinen ist nun zu bemerken, daß die Zählung an einem einzigen Tage nur eine geringe Beweiskraft hat; wenn ihr aber eine solche beigelegt werden soll, so geht aus dieser Zählung gerade etwas hervor, was den Lichtfreunden sehr unangenehm sein muß. Es wird nämlich durch dieselbe konstatiert, daß die Kirchen, an denen Prediger von einer entschiedenen kirchlichen Richtung sind, als die Mathäi- und Lucas-Kirche, den meisten, und die Kirchen, wo Herr Prediger Sydow, eines der Haupten der Nationalisten fungirt, den geringsten Besuch gehabt hat.

Berlin, 11. März. Se. Majestät der König hatte gestern eine Unterredung mit dem Kapitän zur See und Decernenten für Auerstufung und Hydrographie etc. im Marine-Ministerium Köhler, welcher von London, wohin er sich zur Abnahme der Panzer-Fregatte König Wilhelm begeben hatte, hierher zurückgekehrt ist, und darauf auch im Kronprinzlichen Palais, im auswärtigen Amte und Kriegsministerium empfangen wurde. Nach einer dem fürstlich Wied'schen Kammerdirektor v. Vibra zur Ueberreichung eines Handschreibens der Fürstin erhaltenen Audienz nahm der König die Vorträge der Chefs des Civil- und Militär-Kabinetts, des Hausministers v. Schleinitz, des Geh. Hofrathes Borch entgegen und arbeitete dann mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck. Das Diner fand bei den Kronprinzlichen Herrschaften statt. — Zur Geburtstagsfeier des Königs kommen, wie wir hören, der Großherzog und die Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin, der Erbprinz von Anhalt und der Erbprinz Leopold von Hohenzollern und andere Fürsten an den Hof. Am 22. findet nur Gratulation statt.

— Se. Königl. Hoheit der Kronprinz zeigt, wie in den früheren Jahren, auch in diesem Jahre großes Interesse an der Thätigkeit des Landes-Oekonomie-Kollegiums. Er erschien in der Dienstags-Sitzung und wohnt mit großem Interesse dem ersten Theil derselben bei.

— Die Konjekturen der „N. fr. Pr.“ über die Gründe der Abberufung des Grafen Uedom aus Florenz, schreibt die „Kr.-Z.“, sind nichts als Entstellungen der thatsächlichen Vorgänge. Wir hören aus sicherer Quelle, daß die Abberufung des Grafen Uedom durch keinerlei politische Verhältnisse veranlaßt, sondern aus Gründen erfolgt ist, welche privater Natur sind und sich der öffentlichen Besprechung zur Zeit entziehen.

— In militärischen Kreisen wird die in letzter Zeit verbreitete Nachricht über die beabsichtigte Dislo-

tion eines Bataillons sächsischer Infanterie des Regiments „König Wilhelm“ von Dresden nach Berlin demittirt. Da die allgemeine Einführung des preussischen Exercier-Reglements in der sächsischen Armee bevorsteht, so wird obige Mittheilung darauf zurückgeführt, daß für letzteren Zweck aus dem dortigen Armeekontingent die Abkommandirung von Offizieren und Unteroffizieren zu den verschiedenen Waffentheilen des Gardekorps zu erwarten steht.

— Durch Königl. Ordre vom 5. März ist aus dem Sanitätskorps der Armee 395 Assistentenärzten des Beurlaubtenstandes der Rang als Premier-Leutnant verliehen worden.

— Die Berlin-Hamburger Eisenbahn-Gesellschaft beabsichtigt dem Vernehmen nach den schon früher angekündigten neuen Schnellzug zwischen Hamburg und Berlin zum 15. April d. J. einzurichten. Von Hamburg soll der Schnellzug um 4 Uhr Nachmittags, von Berlin um 2 Uhr Nachmittags abgehen. Diese Züge werden mit dem Fahrplan der mecklenburgischen Eisenbahnen in engen Zusammenhang gebracht, so daß ein längerer Aufenthalt in Hagenow nicht mehr stattfinden wird.

— (Prov.-Corr.) In einer der letzten Sitzungen des Abgeordnetenhauses kam auch eine den Nothstand in Ostpreußen betreffende Petition zur Beratung. Bei den Verhandlungen wurde von liberaler Seite den Provinzialbehörden der Vorwurf gemacht, daß sie in vielen Fällen mit einer gewissen Härte verfahren seien. Der Finanzminister v. d. Heydt nahm die Provinzialbehörden gegen diesen Vorwurf in Schutz und das Abgeordnetenhaus gab denn auch den Beschwerden keine weitere Folge, ging vielmehr über die Petition zur Tagesordnung. Bei dieser Gelegenheit ist noch zu bemerken, daß die trüben Vorherjagungen demokratischer Blätter in Bezug auf einen in diesem Winter zu erwartenden neuen Nothstand sich glücklicherweise als unbegründet erwiesen haben. Wenn auch die Verhältnisse in Ostpreußen in Folge des vorjährigen Nothstandes jetzt noch schwierig und gedrückt sind und noch auf längere Zeit hinaus eine besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge der Staatsregierung erfordern werden, so ist doch von einer Erneuerung des Nothstandes, wie er im vorigen Jahre die Provinz heimgesucht hat, in diesem Jahre nicht entfernt die Rede gewesen. Dant den mannigfachen Anregungen aber, welche im verfloffenen Jahre namentlich für die Entwicklung der Landwirtschaft in der Provinz gegeben worden sind, und in Folge der allseitigen Förderung der Kommunikationswege ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß der Wohlstand der Provinz unter günstigen äußeren Verhältnissen demnächst einen lebendigeren Aufschwung nehmen werde, als zuvor.

— (Prov.-Corr.) An demselben Tage, an welchem unser König den Reichstag des norddeutschen Bundes eröffnete (4. März), fand in den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Uebernahme der Präsidentschaft durch den berühmten General Grant statt. Bei einem Festmahle, welches aus diesem Anlaß der nordamerikanischen Gesandte in Berlin, Hr. Bantrost, veranstaltet hatte, brachte der Ministerpräsident Graf v. Bismarck die Gesundheit des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten in folgenden Worten aus: „Erlauben Sie mir, meine Herren, Ihre Unterhaltung durch einige Worte über die Veranlassung, welche uns zusammengeführt hat, zu unterbrechen. Dies ist der Tag, an welchem jenseits des Ozeans der siegreiche Feldherr der Vereinigten Staaten sein Amt als Präsident derselben antritt. Dieses Ereigniß, insofern es von der höchsten Wichtigkeit für die Vereinigten Staaten ist, hat auch einen besonderen Anspruch auf das sympathische Interesse unseres Landes, denn es war ein König von Preußen, es war Friedrich II., welcher bei der Entschlebung der großen amerikanischen Republik ihre Unabhängigkeit als der erste unter den nicht Krieg führenden Mächten begrüßte. Was die späteren Beziehungen zwischen beiden Ländern betrifft, so gereicht es mir zur größten Freude, nicht nur aus meiner persönlichen Erfahrung als preussischer Minister, sondern auch aus den Archiven der preussischen Geschichte es als eine Thatsache hinstellen zu können, daß jenes herzliche Verständniß, welches von Washington und Friedrich begründet worden ist, niemals eine Schwierigkeit zwischen beiden Ländern hervorgerufen, sondern es hat sich nicht einmal etwas ereignet, was zwischen ihnen auch nur eine erläuternde Erklärung nötig gemacht hätte. Es ist deshalb für mich nicht nur eine sehr angenehme, sondern auch eine mir wohlthunende Pflicht, Sie zu bitten, mit mir in deutschem Weine die Gesundheit des Präsidenten der Vereinigten Staaten, des General Grant, zu trinken.“

Altona, 6. März. Der hiesige Magistrat hat eine sehr umfangreiche Denkschrift über die Steuerbelastung Altona's an die Regierung gerichtet.

Stensburg, 8. März. Die von den Pächtern der Schleswiger Auenbank kontraktlich zu liefernden achtzig Tonnen sogenannten Deputat-Auen, welche bis zum Jahre 1864 an die Königlich dänische

Hofhaltung zu schicken waren, sollen für diese Saison und künftighin bis zum Ablauf des gegenwärtigen, bis zum Jahre 1879 laufenden Pachtcontractes für Rechnung des Domänenfiskus verkauft werden. Bei der gegenwärtigen Regierung dürften Zweifel darüber entstanden sein, ob diese noch aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts stammende Natural-Lieferung aus einer Staatsdomäne nach der preussischen Verfassung als ein Regal zu betrachten, oder ob diese Einnahme an die Staatskasse abzuführen sei. Durch die Anordnung des Verkaufs dieser Auen scheint die Frage zu Gunsten der Staatskasse entschieden zu sein.

Schwerin, 8. März. Dr. Wilhelm Jordan, der Rhapsode, der im vorigen Jahre in Schwerin sein „Nibelungen“ las, hat vom dortigen Großherzog die goldene Verdienstmedaille erhalten.

Gotha, 18. März. In unterrichteten Kreisen wird die Nachricht von einem beabsichtigten Accessionsvertrag mit Preußen für unbegründet erklärt.

Darmstadt, 10. März. Bei der heute begonnenen Beratung der zweiten Kammer über das Militärbudget erklärte der Ministerpräsident Freiherr von Dalwig: Die Kammer dürfte überzeugt sein, daß es ihm keine Freude mache, dem Lande eine neue Last aufzubürden. Allein es handle sich um die gewissenhafte Erfüllung eines Vertrages. Er habe die volle Ueberzeugung, daß der Artikel 5 der Konvention auch die preussischen Gagen in sich begreife. Man habe bei Abfassung der Konvention in Berlin die Absicht gehabt, diese so zu fassen, daß alle für den norddeutschen Bund gültigen Bestimmungen auch in dem gesammten Großherzogthum eingeführt würden. Die hierdurch veranlassenen Opfer seien groß; allein es handle sich darum, die Vertragstreue zu bewahren. Wenn man einen Vertrag mit einem mächtigen Staat abgeschlossen habe, der nicht allein in seinem Recht zu sein glaube, sondern, wie man die Ueberzeugung habe, auch in seinem Rechte sei, so sei es sehr bedenklich, sich bezüglich der Auslegung des Vertrages in Streitigkeiten zu verwickeln. Als Freund des Landes rathe er der Kammer, die Erhöhung der Gagen zu bewilligen.

Wien, 9. März. Die „N. fr. Pr.“ bemüht sich, den allarmistischen Gerüchten Unterstützung zu verschaffen; sie schreibt: „Die offiziellen Pariser Blätter haben sich bemüht, allerlei ungünstige Gerüchte zu demittiren, die seit vorgestern hartnäckig in dortigen politischen Kreisen Boden zu gewinnen strebten. Den Angelpunkt, um welchen sich alle diese Gerüchte drehen, bildet die Natur der Beziehungen zwischen den Kabinetten von Paris und Berlin. Man will in eingeweihten Kreisen Grund zu der Annahme haben, daß die Ablehnungen der offiziellen Pariser Presse der Berechtigung der erwähnten Gerüchte bis zu einem gewissen Grade keinen Eintrag zu thun vermögen. Im Einklange mit dieser Anschauung dürfte die Berufung des französischen Volschafers am Wiener Hofe, des Herzogs von Gramont, nach Paris stehen, die, wie wir vernehmen, soeben erfolgt sein soll.“ (Nach Berichten aus Paris handelt es sich dabei nur um einen Urlaub in Privatangelegenheiten.)

— In ihrem neuesten Leitartikel wünscht die „N. freie Presse“ dem österreichischen Klerus zu seiner Haltung gegenüber dem neuen Schulaufsichts-Gesetze und Verordnungen Glück, indem dieselbe „eine weitaus gemäßigtere, einsichtsvollere und zugleich würdigere zu werden verspricht, als jene war, welche den Klerus anlässlich der Abgabe der ebegerichtlichen Jurisdiktion beobachtete. Nur in Tyrol scheint ein unverminderter Fanatismus mit gewohnter Heftigkeit hervorzugetreten.“ Der Artikel schließt mit einer Mahnung an die in Wien bevorstehende bischöfliche Konferenz, „zum konfessionellen Frieden zurückzuleiten und sich in seinen Handlungen, weder in guten, noch in bösen, nicht von Rom bestimmen zu lassen, sondern im eigenen Pflichtgefühl die Richtschnur des Handelns zu finden.“ — Die Opposition gegen des Schulaufsichtsgesetz ist nunmehr auch durch den Prager Stadtrath verstärkt worden, derselbe — er ist in seiner Majorität czechisch — hat beschlossen, die Durchführung des Gesetzes zu verweigern. Der Stadtrath hat zu gleicher Zeit beschlossen, an den Kaiser die Bitte zu richten, daß die Ausführung des Schulaufsichtsgesetzes nicht ins Werk gesetzt werde, da dasselbe den thatsächlichen Verhältnissen des städtischen Schulwesens nicht zu entsprechen vermöge, und daß der Kaiser der Regierung vielmehr auftrage, daß für Prag unter Mitwirkung der Gemeindevertretung ein eigenes Schulstatut ausgearbeitet und der weiteren gesetzmäßigen Behandlung unterzogen werde.

— Wie aus Prag gemeldet wird, beabsichtigt der ehemalige Kurfürst von Hessen seine Besitzung Horzowitz zu verkaufen und Böhmen zu verlassen.

— In Lemberg hat am 7. eine Volksversammlung folgende Resolution beschlossen: „Die Bestimmung des Steuer-systems und die Steuerrepartition ist Sache des Landtags. Die Höhe der Steuern Galiziens bestimmt eine aus Landtagsdelegation und Reichsraths-

delegation gemischte Kommission. Die Steuerreformen werden bis zur Landtagsversammlung verschoben. Es ist die Pflicht der polnischen Reichsrathsdelegation, in diesem Sinne zu handeln. Die Gemeinden werden aufgefordert, sich über die Steuerreformprojekte zu äußern. — Graf Beust ist über Graz nach Agram gereist, um sich dort dem Kaiserpaare anzuschließen.

Wien, 10. März. Im Abgeordnetenhaus wurde heute die Beratung über das Budget fortgesetzt. Die Erfordernisse für das Finanzministerium im Betrage von 85,020,371 fl., für das Handelsministerium im Betrage von 13,630,700 fl., für das Ackerbauministerium im Betrage von 2,176,300 fl., sowie ferner die Einnahmen des Finanzministeriums im Betrage von 259,318,425 fl., und des Handelsministeriums im Betrage von 12,212,500 fl., wurden bewilligt.

Brüssel, 8. März. Der Senat hat sich heute versammelt und war fast vollzählig; die Mitglieder, deren Abwesenheit in der Sitzung vom 24. v. M. so folgenschwer geworden, waren diesmal sogar vor Eröffnung der Sitzung auf ihren Plätzen. Die Versammlung hat das neue Budget der Justiz an die Justiz-Kommission verwiesen, eben so das vor einigen Tagen von der Repräsentantenkammer angenommene Gesetz zur Aufhebung der Schulhaft. Ein Antrag des Herrn Forgeur, das die Kommission das Justiz-Budget sofort in Unterziehung nehmen und es möglich machen möge, die Beratung darüber schon morgen zu beginnen, fand keinen Widerspruch; die Führer der Rechten, die Herren Malou, Pirmez und d'Anethan, erklärten ausdrücklich, sie hätten nichts dagegen. Da im Senate nicht, wie die liberale Presse es wollte, gegen die Wiedereinbringung des Budgets protestirt worden ist, so muß man annehmen, daß der Senat das Verfahren der Regierung in dieser Angelegenheit als richtig anerkennt hat.

Brüssel, 10. März. Der Senat hat in heutiger Sitzung den Justiz-Etat nach unerheblicher Debatte mit 32 gegen 28 Stimmen genehmigt.

Saag, 10. März. Die Abgeordnetenkammer genehmigte den Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung der Zinsgarantie für die Eisenbahngesellschaft Samarang-Borstenlanden. Demzufolge wird die projektierte und bereits konzessionirte Bahn (auf Java) zu Stande kommen.

Bern, 8. März. Nachdem die Vorarbeiten für die Konferenz, welche über die Vertheilung und Verwendung der Liebesgaben für die von den leztjährigen Ueberschwemmungen heimgesuchten Kantone beschließen soll, zum Theil vollendet sind, zum Theil in den nächsten Tagen werden beendet werden, hat der Bundesrath heute beschlossen, den Zusammentritt der Konferenz auf Freitag den 2. April festzusetzen und die Regierungen der Kantone eingeladen, ihre Abgeordneten zur Konferenz, die in Bern stattfindet, zu bezeichnen. Den Vorsitz wird Herr Bundesrath Schenk führen. Das Departement des Innern ist beauftragt, die Mitglieder des eidgenössischen Centralhilfs-Comit'es, die Präsidenten der Schatzungssektionen und die wissenschaftlich-technischen Kommissionen zur Theilnahme an der Konferenz mit beratender Stimme einzuberufen. — Der Bundesrath hat der Direktion der Nordostbahn, welche ihm den am 16. v. M. mit Thurgau abgeschlossenen Vertrag über den Bau und Betrieb der Bahnstrecke Romanshorn-Konstanz mitgetheilt hat, anlässlich der Empfangsbescheinigung erklärt, daß er bezüglich der Unterhandlungen mit der badijschen Regierung über die Anschlußverhältnisse unter allen Umständen zunächst die Vorlage der Regierung von Thurgau und der Nordostbahn neu zu vereinbarenden Konzeption und deren Genehmigung durch die Bundesversammlung abwarten werde.

Paris, 10. März. Die „Agence Havas“ meldet: Die in Umlauf gesetzten Gerüchte über bevorstehende Ministerveränderungen entbehren jeder Begründung. — „Public“ sagt, der französische Botschafter am Wiener Hofe, Herzog von Gramont, werde sich nur einige Tage in Paris aufhalten und zu gleicher Zeit mit dem Kaiser von Oesterreich in Wien wieder eintreffen.

Paris, 10. März. Gesetzgebender Körper. Auf eine Interpellation bezüglich der Kirchhöfe von Paris erklärte Staatsminister Rouher, daß die Frage betreffs des Supplementar-Kirchhofes in Mery sur Oise dem gesetzgebenden Körper unterbreitet werden solle. — Ueber den ersten Theil der Interpellation, den Kirchhof Montmartre betreffend, wird die Tagesordnung angenommen. Der zweite Theil, bezüglich des in Mery anzulegenden Kirchhofes wird, nachdem das Ministerium zugestimmt, mit großer Majorität der Regierung überwiesen.

Petersburg, 10. März. Der russische Botschafter in Konstantinopel, Generalleutnant Ignatieff, hat zu einer Reise nach Russland einen dreimonatlichen Urlaub erhalten.

Newyork, 10. März. Bei den Wahlen im Staate New-Hampshire hat die republikanische Partei ihre sämtlichen Kandidaten durchgebracht.

Washington, 10. März. Der Präsident Grant hat das Entlassungsgesuch des Finanzministers Stewart angenommen.

Butler hat im Repräsentantenhaus den Antrag auf Zurücknahme des Aemterbestätigungsgesetzes eingebracht und das Haus denselben mit 143 gegen 16 Stimmen angenommen.

Kairo, 9. März. Nächsten Sonntag begiebt sich der Vicelkönig zur Beschäftigung der Arbeiten an den Kanal von Suez.

Pommern.

Stettin, 11. März. In der heutigen statutenmäßigen General-Versammlung der Aktionäre der „Stettiner Dampfschleppschiffahrts-Altien-Gesellschaft“ erstattete zuerst der Vorsitzende des Direktoriums, Herr Ferd. Jahn, den Geschäftsbericht für 1868. Danach hat betragen: die Einnahme 70,639 Thlr. 20 Sgr., die Ausgabe 58,540 Thlr. 6 Sgr. 6 Pf., wovon auf Reparaturen an Dampfschiffen und Schleppfähnen 4365 Thlr. 27 Sgr. 9 Pf. kommen. Der Reingewinn beträgt demnach 12,099 Thlr. 13 Sgr. 6 Pf.; derselbe wird abtribirt durch resp. 5 pCt. und 16 2/3 pCt. Abschreibungen auf Dampfschiffe und Schleppfähnen-Konto, Zurückstellung für in Ausführung begriffene Reparaturen auf Höhe von 2400 Thlr. und Verlust auf den Dampfer „Albert“, den die Gesellschaft in Folge verlorenen Prozesses für die Forderung von 4275 Thlr. hat annehmen müssen, während er nur mit seinem wirklichen Werthe von ca. 1200 Thlr. zu Buch steht. Ohne diesen Verlust würde die Gesellschaft eine Dividende von 12 pCt. haben vertheilen können. — Die Rechnungs-Revisoren Karlsruh, Gräber und Gabelbusch, die demnach auch pro 1869 wieder gewählt wurden, haben dem Direktorium pro 1868 Decharge erteilt, worauf die Generalversammlung nichts einwendet. — Hierauf wurde auf Vorschlag der Direktion Herr E. Ribbeck auf 3 Jahre zum Betriebs-Direktor der Gesellschaft gewählt, da der bisherige provisorische Verwalter dieses Postens freiwillig von demselben zurückgetreten ist. — Demnach erstattete der Vorsitzende einen sehr eingehenden Betriebsbericht, nach welchem die 5 Dampfer der Gesellschaft (der „Albert“ ist nicht mitgerechnet) zusammen 16,095 Meilen in 485 Reisen durchfahren und ist der Dampfer „Eulstirn“ in Betreff des Kohlenverbrauches nach der Zeit und der Pferdekraft das beste Schiff der Gesellschaft, da er nur 7 1/2 Pfund per Stunde und Pferdekraft gebraucht. — Vor Jahren kaufte die Gesellschaft bekanntlich, um eine lästige Konkurrenz zu beseitigen, von der neuen Dampfer-Kompagnie mehrere Schleppdampfer u., die jetzt bis auf eine Restforderung von 6000 Thlr. bezahlt sind. Um dies zu ermöglichen, haben die Direktoren, da eine 1867 beantragte Vermehrung des Aktienkapitals nicht beliebt worden, der Gesellschaft circa 30,000 Thaler baar vorgeschossen. Die Versammlung genehmigte auf Antrag der Direktion die von dieser gewünschte Sicherstellung. — Schließlich erwähnte der Herr Vorsitzende noch der im verfloffenen Sommer stattgehabten „Doverreise“, an welcher Mitglieder der diesseitigen sowie der Regierung in Frankfurt Theil genommen, und theilte mit, daß in Folge derselben zur Abfertigung der Fahrt nach Oresten-hagen um 1/3 der Zeit ein Durchschiff etwa von Salzspeicher ab nach der Neglis zu hoffen steht. Der anwesende Regierungs-Kommissarius, Herr Regierungsrath Friederici, bestätigte diese Mittheilung durch die Bemerkung, daß der Herr Wasserbau-Inspektor Degner mit Veranschlagung der Kosten dieses Durchschiffes beauftragt sei, daß, nachdem diese Arbeit ausgeführt, wegen Erwerbung des Terrains unterhandelt werden solle und daß die Regierung hoffe, beim königlichen Handelsministerium die zur Ausführung des Projekts nöthigen Gelder flüssig machen zu können. — Einer Wiederwahl des Herrn Ferd. Jahn zum Vorsitzenden und des Herrn Ernst Böttcher zu dessen Stellvertreter wurde nur bei Verlesung des Protokolls Erwähnung gethan. — Zu erwähnen ist noch, daß in Folge der geringen Wasserseite die Fahrten nach Breslau nur bis Mitte Juli v. Js. durchgeführt werden konnten; während vom Juli bis Oktober nur selten die Schiffe bis Frankfurt gelangen konnten, welcher Umstand natürlich die Einnahme der Gesellschaft wesentlich beeinträchtigen mußte.

— In der gestrigen Sitzung des Kommunal-Landtages wurde dem pommerschen Museum eine jährliche Subvention von 200 Thlrn., vorläufig auf drei Jahre bewilligt.

— Der „Post“ zufolge bestätigt es sich, daß Herr Graf Behr, bisher Landrath des Kreises Franzburg, zum Regierungspräsidenten von Stralsund designirt ist.

— Auf dem alten Zabelsdorfer Kirchhofe wurde gestern die Leiche eines bereits stark in Verwesung übergegangen Kindes weiblichen Geschlechtes gefunden und durch polizeiliche Vermittelung nach dem Krankenhause geschafft. Auch die Mutter des am 5. Februar v. J. unehelich geborenen Kindes ist bereits ermittelt. Die eingeleitete Untersuchung wird hoffentlich ergeben, in wie weit die Behauptung, daß das Kind bereits todt zur Welt gekommen und deshalb ohne weitere Anzeige bei der Behörde einfach auf dem Kirchhofe „verharrt“ sei, eine richtige ist.

— Aus dem dem Kaufmann May gehörigen, links am Wege nach Grünhof belegenen Gartenhause ist in den lezten Tagen mittelst Einbruchs eine ganze Anzahl verschiedener Gegenstände, als Kleidungsstücke, Garten- und sonstige Geräthschaften, eine Waschtiselle u. gestohlen, ohne daß man der Diebe bisher habhaft geworden ist.

— Die Kandidaten der Baukunst, welche in der ersten diesjährigen Prüfungs-Periode die Prüfung als Bauführer oder Privatbaumeister abzulegen beabsichtigen, müssen sich bis zum 1. April er. schriftlich bei der Königl. technischen Bau-Deputation in Berlin melden und dabei die vorgeschriebenen Nachweise u. d. Zeichnungen einzureichen. Wegen der Zulassung zur Prüfung wird denselben demnächst das Weitere eröffnet.

Lauenburg, 10. März. Am 1. Juli er. scheiden aus dem hiesigen Magistrats-Kollegium die Herren Maurermeister Reifel und Kreisrichter Vor-

meing aus. In Folge dessen ist am 1. d. M. Herr Reifel wider- und für Herrn Vormeng der Kaufmann Herr Nickel neu gewählt.

Stetp, 10. März. Wie das „Intelligenzbl.“ hört, wird am 16. d. Mts. der Geheime Ober-Baurath Stein mit der ersten Lokomotive hier eintreffen.

Vermischtes.

Stettin, Dr. D. Schür tritt in Nr. 9 der „Industrie-Blätter“ für die nützliche Verwendung der Wasserpest (Elodea canadensis) ein und entnimmt wir diesem interessanten Artikel Folgendes:

„Die Elodea c., welche ich zu meinen Experimenten gebrauchte, ist aus dem Damm'schen See bei Stettin entnommen, woselbst sie außerordentlich stark wuchert, und schon hier sei gleich erwähnt, daß das Wasser an der Stelle, wo diese Pflanze wächst, ganz krytallklar aussieht, geruchfrei ist und nur etwas fischig, sonst aber nicht unangenehm schmeckt. Diese vortheilhafte Eigenschaft brachte mich zunächst auf den Gedanken, daß es möglich sein würde, Blutegel darin mit Vortheil aufzubewahren, da dieses kostbare und in der Hygiene unentbehrliche Thier immer seltener wird, war mein Augenmerk zunächst auf die schon vollzogenen gerichtete, um diese möglichst bald wieder der Heilkunst zuführen zu können. Diese Thiere befinden sich sichtlich sehr wohl in grüner Verzweigung, sie streifen ihren lang gestreckten Körper an den Zweigen ab, und da das Wasser auch hier trotz des abgesonderten Schleimes nicht trübe und faulig wurde, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Pflanze für die Erhaltung frischer wie schon gebrauchter Blutegel von wesentlichem Nutzen sein kann. Sowohl aus der Analyse der Pflanze, behufs Feststellung ihrer Anwendbarkeit als Dungstoff, die wir bereits nach dem „St.-Anz.“ mittheilten, wie aus der von der Asche derselben, geht evident hervor, daß die Elodea c. vorzugsweise in kalkhaltigem sogenanntem harten Wasser ihr Gedeihen und das rapide Wachstum findet, mit der Abnahme des Kalkgehaltes fängt sie an zu verkümmern und geht schließlich ganz ein, diese Beobachtung habe auch ich bei meinen vielfachen Versuchen gemacht. Die gleiche Quantität von frischen, kräftigen, grünen, aus dem Damm'schen See entnommenen Pflanzen mit filtrirtem Wasserleitungswasser der Oder, und mit der gleichen Quantität Brunnenwasser in einem zweiten Gefäß zusammengebracht, zeigte, daß nach Verlauf von 4 Wochen die zu Anfang noch stattgefundene Zweigbildung, in dem Gefäße mit filtrirtem Oderwasser aufhörte, während sie ungestört ihren Fortgang im kalkreicheren Brunnenwasser fand. Im ersten Glase zeigte sich dann auch bald Absonderung von Pflanzenschleim, die Blätter fielen zu Boden, die Pflanze hörte auf zu vegetiren, das Wasser wurde trübe und fing an zu faulen, wogegen das Wasser im anderen Gefäß, bei fortwährender Zweigbildung der Pflanze, hell und geruchlos blieb. Ein Zusatz von Kaltwasser und Siphwasser zu dem filtrirten Oderwasser zeigte sich für das Wachstum der Elodea sehr günstig. Der im Brunnenwasser im vollen Wachstum begriffenen Pflanze setzte ich einen kleinen Theil Rinnsteinwasser, wie schon mit Ausschluß der extramentellen Stoffe aus den Häusern abfließt, zu, daselbst trübte natürlich zuerst das Wasser, aber nach Verlauf von kaum acht Tagen war das Wasser wieder klar und völlig geruchlos. Die Pflanze hatte offenbar die zu ihrem Wachstum passenden Stoffe aus der Rinnsteinflüssigkeit abtribirt, denn sie wuchs so kräftig wie vorher in dem Wasser. Dreist gemacht durch diesen Versuch, mischte ich mir ein (künstliches) Kanalwasser, wie es in Städten erzeugt wird, wo Kanalisation mit Einschluß der menschlichen Exkremente eingeführt ist, und setzte daselbst dem Wasser zu, in welchem sich eine gleichfalls in vollster Zweigbildung begriffene Pflanze befand, hier wollte es mir indessen nicht glücken, die richtige Verdünnung zu finden; erst nach vier vergeblichen Versuchen, wobei jedesmal nach 8 bis 14 Tagen die Pflanze abstarb, gelang es mir, etwa 1/4 Pfund grüner Zweige der Elodea c. in 15 Liter Brunnenwasser mit derjenigen Quantität Kanalwasser zu versehen, welche von ihr getragen wurde, so daß die Pflanze in der Zweigbildung fortfuhr. Nach ca. 8 Tagen wurde das Wasser klar und geruchlos und blieb auch so mehrere Monate hindurch. Um auch das Absorptionsvermögen der Pflanze, Farbstoffen gegenüber, zu prüfen, färbte ich das Wasser mit Fuchsin roth; das große Glasgefäß, worin die Pflanze sich befand, wurde darauf dem direkten Lichte entzogen, und schon nach 8 Tagen war die Farbe verschwunden. Das Wasser mit Anilinblau gefärbt widerstand längere Zeit, wurde aber nach 4 Wochen ebenfalls farblos; einige Tage im dunklen Raume aufbewahrt erschien es dann wieder blauefärbt, bis auch diese Erscheinung sich nicht mehr wiederholte. Nach diesen meinen Versuchen glaube ich ein Recht zu haben, ein Wort der Vertheidigung für die vielfach angefeindete Wasserpest auszusprechen zu können. Von großem Interesse dürfte es sein, wenn Städte, welche durch Kanalisation ihre Auswurfstoffe in den Fluß leiten, die Elodea c. dort hin verpflanzen, um die von mir mit Glück im Kleinen angestellten Versuche im Großen zu wiederholen; die Furcht, Schifffahrt wie Fischerei durch dieses leicht zu beseitigende Pflanzgen zu behindern, ist sehr übertrieben und sollte nicht Veranlassung sein, ein so außerordentlich wichtiges Experiment zu ignoriren. Ich bin selbst kein Verehrer der Kanalisation, weil ich die höchst wichtigen Dungstoffe, mit welchen sonst die Flüsse verunreinigt werden müßten, der Landwirtschaft zugeworfen wissen w'ü, und weil ich der Ackerfrume die ihr genommenen Bestandtheile zur ferneren Fruchtfolge nicht rauben mag; ich bin jedoch

andererseits nicht Fanatiker genug, um unter allen Umständen die an sich sehr schätzenswerthe Kanalisation zu verdammen, um so weniger aber dann, wenn die Elodea c. sich als Mittel zur Wiedergewinnung der Dungstoffe im Großen praktisch bewährtete. Es dürfte sich wohl empfehlen, den Versuch der Verpflanzung der Elodea c. für Berlin in dem sogenannten Kupfergraben vorzunehmen; vermöchte dies jarte Pflanzgen vor den Augen und — Nasen der Anwohnenden dieses Wasser zu desinfiziren, so würde sie bald einen ihrer würdigeren Namen erhalten als den ihr bisher zugelegten: „die Wasserpest.“

Saarburg, 4. März. (Wolfsjagd.) Die „Tr. B.-Z.“ schreibt: „Eben ziehen unsere Jäger, von einer Jagderkursion auf Wölfe zurückkehrend, hier ein, mit zwei gestern und heute erlegten starken Wölfen. Es waren, wie man uns erzählt, am ersten Tage an verschiedenen Stellen, zwei und zwei, und zwei einzelne Wölfe eingetreift. Am zweiten Tage waren in einem Distrikte fünf Wölfe eingetreift, welche aber, bevor das Treiben beginnen konnte, durch Mißverständniß oder Unkenntniß schon herausgejagt waren. Dennoch gelang es den Jägern, noch einen der Hegerime in einem anderen Distrikte zu erlegen. Im Ganzen waren am zweiten Tage fünf, und zwei und zwei Wölfe eingetreift, in einem einzelnen Distrikte ein einzelner. Es scheint wieder eine Schar zu kommen, und so bereitet man sich für morgen zu einer neuen Expedition gegen die Wölfe vor, welche sich jetzt schon in etwas bedenklicher Zahl hier eingebürgert haben. Hoffentlich gelingt den Jägern ein stärkerer Abschluß.“

Rößten. Seit einigen Wochen hat sich in einem hiesigen Gasthose ein Individuum unter dem Namen eines preussischen Leutenants v. Hagen und in preussischer Offizieruniform aufgehalten, vielfache Verbindungen im geselligen Verkehre angeknüpft und mehrfach Schulden gemacht. Am 8. d. M. ist es aber der hiesigen Polizei gelungen, diesen angeblichen „Leutenant v. Hagen“ zur Stelle und zur Haft zu bringen. In dem sofort mit ihm angestellten Verhöre entpuppte sich denn der vermeintliche Leutenant als der ungerathene Sohn eines in Magdeburg wohnhaften jüdischen Handelsmannes. Derselbe will die Epauletten und den Degen, so wie den mit v. B. gezeichneten Offiziermantel von einem Trödler in Magdeburg gekauft haben. Aus Hang zum Müßiggang, zur Liebeslichkeit und Schwindelerei hat er den Offizier gespielt und sowohl im Gasthof wie anderwärts Schulden gemacht und die Leute getäuscht. Nunmehr sieht derselbe zunächst seiner Bestrafung wegen Annahme eines Standes und Namens und sodann seiner Auslieferung nach Magdeburg entgegen, da derselbe noch landwehrrpflichtig ist.

London, 6. März. Eine ungeheure Volksmasse hatte sich am Dienstag vor der Southwark Police Court versammelt, um das weibliche Scheusal zu sehen, das ihren Mann, wie wir bereits mitgetheilt haben, an Händen und Füßen mit Striden an die Bettposten gebunden, ihn auf schreckliche Weise verstümmelt und dann ihm die Augen auszudrücken versucht hatte. Der Mann liegt jetzt hoffnungslos im Hospital. Das Weib ist eine schöne, große und starke Irlanderin, die als ein böses Weib in der Nachbarschaft bekannt ist. Sie schien die ganze Angelegenheit sehr kühl zu nehmen und antwortete auf die Frage des Magistrats, warum sie diese Schandthat begangen, daß sie es aus Eiferjucht gethan, weil ihr Mann liebesliche Dirnen in ihr Haus gebracht habe, dem sie ein Ende machen wollte. Da der Verwundete nicht erscheinen konnte, konnten die Verhandlungen nicht weiter geführt werden. — Jüngst machte eine Ocean-Wellfahrt der beiden Schrauben-dampfer „Ruffa“ und „City of Paris“ hier viel von sich reden. Es hat sich nun herausgestellt, daß eine solche Weltfahrt gar nicht stattgefunden hat.

Schiffsberichte.

Sinemünde, 9. März. Anactommene Schiffe: Victor (SD), Krüger von Danzig. Bravo (SD), King von Newcastle. Danzig (SD), Winchester von Leitb. Dindine (SD), Taks von Amsterdam. — 10. März. Südende, Ericiden von Kopenhagen. Gofatia (SD), Tanbe von Gothenburg.

Börsen-Berichte.

Stettin, 11. März. Wetterung: trübe. Wind SD Temperatur + 4 R.

An der Börse.
A 13 r loco schwer verkauft, Termine flau, pr. 2125 R loco gelber Märker 66-68 R, bunt. poln. 64-67 R, weißer 66-70 R, ungar 54 1/2-57 R, mittel 55-60 R, feiner 62-63 R, 83-85 R, g. über Frühjahr 67 1/2, 67 R, 1/2 u. Gd., Mai-Juni 67 1/2, bez. Roggen unverändert, per 2000 Pfd loco 49-50 R, Frühjahr 49 1/2, 50 R, Br. u. Gd., Mai-Juni 50 1/2, 50 R, bez., 50 1/2, Br., Juni-Juli 50 1/2, 51 bez. u. Br. Gatte still, pr. 1750 Pfd. loco ungar. 36-46 R, pomm. 46 R, Br.

Häfer matt, pr. 1300 Pfd loco 31 1/2-33 1/2 R, 47-50 R, Frühjahr 33 R, Br. Mai-Juni 33 1/2 R, Br., Juni-Juli 33 1/2 R, Br.

Erbsen, v. 2250 Pfd loco Futter 53-55 R, Koch 56-57 R, Frühjahr Futter 55 R, Br.

Mais pr. 100 Pfd. 2 R 1 1/2 R, bez.

Rübsl behauptet, loco 10 R, Br., per März-April u. April-Mai 9 1/2, 11 1/2 R, bez., 7 R, Gd., September-Oktober 10 1/2 R, bez. u. Gd.

Spiritus matt, loco ohne Faß 15 1/2, 1 R, bez., mit Faß 5 R, bez., März-April 15 1/2, Br., per Frühjahr 15 1/2, 1 R, bez., 1 R, bez., Mai-Juni 15 1/2, 1 R, bez., 1/2 Br., Juni-Juli 15 1/2, R, bez., Juli-August 16 R, bez. u. Br., August-September 16 1/2 R, Br.

Regulirungspreise: Weizen 67 1/2, Roggen 50 R, Rüböl 9 R, Spiritus 15 1/2.

Liverpool, 10. März. (Baumwollmarkt.) Middling Upland 12 1/2, Orleans 12 1/2, Fair Egyptian 12 1/2, Dhollerah 10, Broach 10, Domra 10 1/2, Madras 9 1/2, Benjal 8 1/2, Smyrna 10 1/2, Bernam 12 1/2.